

# LOBBYSTAN<sup>®</sup> FORTE

## Wie Lobbyisten eines Waschmittelkonzerns und die Innenministerin die österreichische Drogenpolitik attackieren

BERICHT: FLORIAN KLENK

Der Leiter des Referats für Substitutionsfragen der Ärztekammer. Der Leiter des Referats für Drogentherapie. Der Wiener Drogenkoordinator. Der Drogenbeauftragte der Stadt. Der Mitbegründer der Gesellschaft für arzneimittelgestützte Behandlung von Suchtkranken:

Es war eine hochkarätige Expertenrunde, die sich da vergangene Woche zu einer Pressekonferenz im Café Landtmann versammelte. Die Herren Ärzte, seit Jahren in einer wohlfahrtsstaatlichen Drogenpolitik engagiert, sind wütend.

Die Substitutionstherapie, also die Verabreichung von Heroinersatz an Suchtkranke, werde da gerade kriminalisiert, warnten sie. Von Politikern, von konservativen Blättern und von Lobbyisten.

Dann zählten die Ärzte die Erfolge der letzten 15 Jahre auf: Die Zahl jugendlicher Therapiepatienten sank von 190 (im Jahr 2002) auf neun (2012). Der Missbrauch harter Drogen bei Jugendlichen sei zurückgegangen, ebenso die Sterblichkeitsrate, die Zahl der HIV- und Hepatitis-erkrankungen und die Beschaffungskriminalität. 26 Millionen Euro stecken die Krankenkassen deshalb jährlich in Drogenersatztherapien, dreimal so viel wie vor zehn Jahren. Denn ein Euro spart zwölf Euro an sozialen Folgekosten. Die Wiener Suchtexperten sagen, dass nicht das Abstinenzdogma zu mehr Sicherheit führe, sondern eine professionelle Behandlung chronisch Kranker.

Man könnte nun meinen, dass solche Erkenntnisse auch die Innenministerin beruhigen. Aber Johanna Mikl-Leitner (ÖVP) trat just vor der niederösterreichischen Landtagswahl eine Debatte über Substitution los. Keine Woche vergeht seither, in der die Pressesprecher des Bundeskriminalamts nicht irgendwelche Horrorstatisiken oder Kriminalfälle lancieren. Am Sonntag berichtete der *Kurier* unter Berufung auf das Innenministerium von einer Ärztin, die 100.000 (!) Substitol-Tabletten mittels „Privatrezept“ auf den Schwarzmarkt geschleust haben soll. Eine glatte Falschmeldung. Sie handelte nicht mit Substitutionspräparaten, sondern Beruhigungsmitteln.



ILLUSTRATIONEN: OLIVER HOFMANN

Und dann wurde noch eine Horrorzahl verbreitet: Der Schaden durch Österreichs Drogenpolitik betrage 34 Milliarden (!) Euro. Die Zahl stammt von einem Professor namens Walter Hauptmann, einem radikalen Drogengegner, der in der wissenschaftlichen Community verlacht wird.

Mikl-Leitner nützen solche Zahlen und Fälle, um ein neues „Kriminalitätsfeld“ in Österreich zu beschwören: den „regen Handel“ mit Substitol, dem Präparat der Firma Mundipharma, die in Wien mit 55 Prozent Marktführer ist. Nur in Bulgarien und Rumänien würde man diese Morphine noch abgeben. Österreich sei Schlusslicht in Europa.

Nicht nur Wiens Drogenkoordinator Michael Dressel wundert sich nun, dass Österreich Schlusslicht und nicht Vorreiter genannt wird. Denn sogar eine der schärfsten Kritikerinnen der Wiener Drogenpolitik, Gabriele Fischer von der Uni Wien, stellt Substitol nicht infrage. Im Gegenteil: Erst kürzlich schrieb sie in einem Fachbeitrag, „dass uns die USA um den Wirkstoff beneiden“. Und auch in Deutschland fordern Ärzte, man möge, so wie in Österreich, Substitol als Medikament zulassen.

Die Drogensituation ist also entspannt, wenn auch verbesserbar, sagen die Experten. Die Kriminalität explodiert, behauptet das Innenressort. Johanna Mikl-Leitner trat „ohne Vorwarnung“ (so ein Sektionschef) eine Debatte über die richtigen Medikamente los. Was treibt sie an?

Falter-Recherchen im Innenministerium zeigen, dass vor allem ein Konzern Interesse an einer Änderung der Drogenpolitik hat: Reckitt Benckiser.

Das britische Unternehmen vertreibt zwar vor allem Waschmittel, hat aber seit kurzem das Patent für ein Substitutionspräparat erworben, das nun auch den Wiener Markt erobern soll. Reckitt Benckiser beschäftigt in Wien dafür derzeit drei Lobbyingagenturen. Die setzen die Politik seit Jahresanfang ordentlich unter Druck. Vertreter von Reckitt Benckiser besuchten im März auch persönlich das Kabinett von Mikl-Leitner.

Was Wien derzeit erlebt, einen Krieg der Pharmedien, ereignete sich in Deutschland spiegelgleich. Vergangenes Jahr wurden deutsche Ärzte mit Kritik überhäuft, weil sie das angeblich so brandgefährliche Methadon „massenhaft“ verschreiben. Wie in Österreich ließen sich vor allem konservative Medien dazu hinreißen, die Substitutionspolitik zu skandalisieren.

Die Kampagne in Deutschland lief ab wie jene in Wien: Zunächst kam es zu einer Kriminalisierung der Heilmittel der Konkurrenz, dann wurde von anonymen Seiten lanciert, Kinder seien von „Methadon-Lobbyisten im Ärztekittel“ umgebracht worden. Schließlich wurden Ärztevereinigungen angesprochen. Über sie schleuste man sehr elegant ein Gesetz in den Bundestag. Verfasst hatte es der britische Pharmakonzern Reckitt Benckiser.

Das Unternehmen besitzt nämlich ein Medikament, das angeblich missbrauchssicher ist: Suboxone. Es soll die Marktmacht der Medikamente Substitol und Methadon brechen.

Haben die ÖVP und ein britischer Konzern dieselben Interessen? Wer Antworten auf diese Fragen sucht, dringt in eine merkwürdige Welt des Tarnens und Täuschens vor, in die Welt von konservativen Parteistrategen und Pharmedien. So erkauften sie sich die Debattenhoheit.

### Promis einspannen

Wien-Wieden, Goldeggasse 7. In diesem gediegenen Stadtpalais residierte einst der gerichtsbekannteste Lobbyist Peter Hochegger. Nun ist die PR-Agentur des ehemaligen SP-Kommunikationschefs Dietmar Ecker eingezogen. Ecker zählt sich zu den seriösen Vertretern seiner Branche. Er schmirt nicht, er vernetzt. Er engagiert in seinem Team längst nicht nur rote Lobbyisten, sondern auch ehemalige schwarze Parteimanager.

Ecker will „positive Kräfte“ mobilisieren, wie er sagt. Deshalb gründete er kürzlich die Plattform „Therapie statt Sucht“. Schon der Name der Initiative weckte bei Wiens Drogenexperten Misstrauen. Denn das Wörtchen „statt“ suggeriert, dass Suchtkranke von ihrer Sucht loskommen können, wenn sie es nur wollen. Das ist nur selten der Fall. Sucht ist für die meisten Patienten eine chronische Erkrankung wie Diabetes. Die wenigsten schaffen ein Leben ohne Gift.

Der Anlass für die Initiative? Ecker erklärt, er habe eine Bekannte mit einem drogensüchtigen Kind. Der wolle er eine „Stimme verschaffen“. Betreut wird die Plattform von Vera Schmitz. Sie managte Wahlkämpfe der ÖVP und war in der Partei für interne Kommunikation verantwortlich. Auf Facebook-Fotos sieht man sie vor ÖVP-Wahlkampfbussen.

Ecker und Schmitz hatten langen Zeit kein Interesse daran, die Sponsoren ihrer Plattform zu outen. Im Gegenteil: In Presseausendungen und in der *Ärzte Kronen* stellt sich die Plattform als „unabhängige und unparteiische“ Initiative vor. Sie erweckt den Anschein, einen breiten gesellschaftlichen Konsens zu repräsentieren. Der linke Anwalt Georg Zanger engagiert sich ebenso „als besorgter Vater“ wie Andrea Kdolsky, die ehemalige Gesundheitsministerin der ÖVP und nunmehrige Unternehmensberaterin bei Price Waterhouse Cooper. Eines fällt auf: Kein Drogenexperte ist dabei.

Vielleicht hat das ja damit zu tun, dass sich auf der Homepage der Website vor allem jene Argumente finden, die auch der britische Konzern Reckitt Benckiser unter Volk bringt: Österreichs Ärzte würden zu viel Substitol verschreiben, Kinder seien gefährdet, wenn sie an die Substanz geraten. Nur in Bulgarien und Rumänien werde der Drogenersatzstoff noch verordnet, steht da geschrieben. Dieselben Argumente, die vergangene Woche auch die Innenministerin verbreitete.

Andrea Kdolsky verteilte bei einem Hintergrundgespräch vergangenen Dienstag exakt jene Statistiken, die zwei Tage später auch die Innenministerin zitieren wird. Und dann schob Kdolsky noch eine Liste mit Medikamenten über den Tisch, die in der Substitution eingesetzt werden. Ganz oben auf der Liste steht das Medikament Suboxone von Reckitt Benckiser. Es sei „missbrauchssicher“, sagt Kdolsky.

Im Juni 2010 kaufte der Waschmittelkonzern Reckitt Benckiser die Verkaufs- und Marketingrechte für diese Arznei. Suboxone enthält einen sogenannten Opiatblocker namens Naloxon. Er soll den Missbrauch des Medikaments durch Junkies erschweren.

Doch die Drogenexperten Wiens sind skeptisch: In Frankreich, wo das Medikament verschrieben wird, kommt es genauso zu Missbrauch. In Wien wird Suboxone nur fünf Prozent der Suchtkranken verschrieben. „Sie sind mit der Wirkung dieses Wirkstoffs nicht zufrieden“, erklärt

Hans Haltmayer, Leiter des Referats für Drogentherapie der Ärztekammer Wien. Die Arznei verschaffe nicht jene euphorisierende Wirkung, nach der die Patienten süchtig sind. Die Sorge der Stadtverwaltung: Die Drogenkranken suchen am Schwarzmarkt nach schmutzigen Drogen für den „Beikonsum“. Das drängt sie zurück in Krankheit und Knast.

Der Vorwurf: Suboxone kann sich also am freien Markt nicht durchsetzen – und deshalb werde es von Reckitt Benckisers Lobbyisten auch über seine Missbrauchs-sicherheit vermarktet – und zwar bei den Polizeibehörden.

### Politiker bearbeiten

Hat Reckitt Benckiser auch im Innenministerium interveniert? Die Lobbyisten Ecker und Partner bestreiten „offizielle Kontakte“. Falter-Recherchen ergaben anderes. Eckers Pharmedienlobbyistin Schmitz besuchte den Chef des Bundeskriminalamts, Franz Lang, zum Beispiel am 7. Dezember. Eine Dreiviertelstunde plauderte sie mit ihm in seinem Büro – um ihn für eine „Vernetzungsplattform“ zu gewinnen. Schmitz sagt: „Das war ein privates Treffen. Nach zwölf Jahren in der ÖVP habe ich ein großes Netzwerk, das ich pflege.“

Nicht nur Ecker und Partner, auch andere Lobbying-Firmen und der Konzern selbst suchen den Kontakt zum Innenministerium. „Wir haben Reckitt Benckiser empfangen“, sagt ein Sprecher der Innenministerin, „so wie auch das Konkurrenzunternehmen Mundipharma.“

Manchmal lädt auch der Konzern zu Terminen. Etwa über die Firma PeriConsulting. Sie ist spezialisiert auf „Market access“-Lobbying und wirbt damit, dass „die richtigen Personen zur richtigen Zeit über die wesentlichen Informationen verfügen. Im formellen Verfahren ebenso wie in informellen Kontakten.“

Und wohl auch deshalb lud PeriConsulting den Chef des Bundeskriminalamts im März 2013 zu einer vor allem von Reckitt Benckiser gesponserten Tagung namhafter Suchtexperten am Grundlsee. Franz Lang durfte auf dem Podium mit Drogenexperten diskutieren. Hinter ihm hing ein Plakat, das eine Arznei bewarb: „Suboxone“ von Reckitt Benckiser.

Der Konzern hat noch eine dritte Lobbying-Firma eingesetzt, die PR-Profi von Mastermind. Sie absolvieren derzeit eine Termintour zu Parlamentariern und der Gesundheitsbürokratie: „Wir versuchen, die Gesundheitssprecher der Parteien davon zu überzeugen, dass das Suchtmittelgesetz nicht eingehalten wird und dass man das ändern sollte“, sagt Mastermind-Lobbyist Peter Köppel. Nichts daran sei verwerflich.

### Gesetze formulieren

Termine mit Parlamentariern haben einen Zweck: eine Änderung der Gesetze zu bewirken. So wie dies in Deutschland versucht wurde. Dort hatte Reckitt Benckiser die gewünschten Gesetze gleich selbst entworfen. Wäre da nicht ein kritischer Arzt namens Hans-Günter Meyer-Thompson dazwischengefahren, wäre der Konzern vielleicht sogar durchgekommen.

Meyer-Thompson sitzt im Vorstand der Deutschen Gesellschaft für Suchtme-

Fortsetzung nächste Seite

**Der britische Konzern Reckitt Benckiser** verfügt über das Patent eines angeblich missbrauchssicheren Medikaments



Der Kurier lässt sich vom Innenministerium mit Horrorgeschichten über Substitol versorgen



**In Deutschland werden Kindergeschichten erfunden.** Das Bild dieses Mädchens stammt aus einer Fotoagentur

FOTO: INTERNET

Fortsetzung von Seite 11

dizin, einer der wichtigsten Expertenzirkel Deutschlands. Vergangenes Jahr, nach heftigen Attacken auf die Substitutionspolitik, landete eine neue Novelle zur Suchtmittelverordnung auf seinem Tisch. Es war ein Entwurf, den angeblich der „Dachverband substituierender Ärzte Deutschlands“, eine andere, konservativere Ärztevereinigung, ausgearbeitet hatte.

Meyer-Thompson stützte, als er das Dokument las. Denn der Entwurf bevorzugte die Buprenorphine von Reckitt Benckiser. Patienten, die andere Arzneien einnehmen, sollten einem schikanösen Regelwerk unterworfen werden – sie sollten etwa die Haare ihrer Kinder zum Drogentest bringen, um zu beweisen, dass die nicht am Methadon der Eltern naschten. Meyer-Thompson klickte in die Dateieigenschaften des Gesetzestextvorschlags. Der Autor des Dokuments: „Reckitt Benckiser“.

### Kinderstorys erfinden

Der Konzern geriet durch solche Aktionen in Deutschland in Verruf. Und weil für ein Unternehmen „nichts schlimmer ist als die Boulevardisierung eines Anliegens“ (ein Pharmalobbyist), beteuert das Management heute, „mit voller Transparenz“ zu arbeiten. Es gehe nicht darum, andere Medikamente vom Markt zu kicken, sondern um eine Änderung in der Drogenpolitik. Die Verhinderung von Begleitkriminalität sei wichtig, aber nun müsse es auch „um die Genesung“ der Suchtkranken gehen. Und die sei eben nicht so gut gewährleistet, wenn Patienten

nur mit Morphinen ruhiggestellt werden. Das sind ehrenwerte Ziele – und auch Gabriele Fischer, Leiterin der Suchtambulanz am AKH kritisiert, dass es zu wenig psychiatrische Behandlung in Wien gebe und sich zu wenige praktische Ärzte um zu viele Drogenkranke kümmern müssten.

Doch um die Ziele zu erreichen, werden schmutzige Tricks angewendet: Es werden zum Beispiel tragische Kinderschicksale erfunden. Und hier wird der Kampf gegen Substitol und Methadon etwas zynisch.

Vergangenen Dienstag, einen Tag, bevor die Wiener Ärztekammerfunktionäre ihre Pressekonferenz abhielten, erhielten Dutzende Journalisten wieder einmal das Mail eines Vaters namens „Ronny Neumann“. Es ähnelte dem E-Mail einer Frau, die sich „Annegret Holzmann“ nannte und Zeitungsredaktionen rund um den niederösterreichischen Wahlkampf erreichte.

„Neumann“ und „Holzmann“ geben sich als Eltern eines Mädchens namens Kathleen aus, das angeblich durch die Schuld der Wiener Drogenärzte zu Tode gekommen sei. Auf einem Weblog namens „Substitot“ schildern sie ihren tragischen Fall – sie reagieren aber nicht auf Rückrufbitten.

Die Website ist professionell getextet. Sie dürfte daher eher von PR-Profis denn von Hinterbliebenen stammen. Sie attackieren jene Ärzte, die Suchtkranke mit Substitol behandeln, und stellen Namen, Adresse und Foto der Mediziner ins Netz. Alexander David, Wiens Drogenbeauftragter, sagt: „Wir werden bald keine Ärzte mehr haben, die Substitutionstherapien anbieten.“

Wer macht so etwas? Wer erfindet die Geschichten toter Kinder, wer täuscht das Leid von Eltern vor?

Reckitt Benckiser stellt klar, mit den Blogs nichts zu tun zu haben, denn sie würden letztlich dem Ruf des Unternehmens schaden. Auch die Lobbyisten haben zwar von dem Weblog gehört, wissen aber nicht, wer dahintersteckt.

Auch in Deutschland gibt es übrigens solche anonymen Blogs. Eines nennt sich „Methadonkinder.wordpress.com“ und wird angeblich von anonymen „Sozialarbeitern“ betrieben. Die Texte auf dieser Seite ähneln in Stil und Aufmachung den Texten auf der Wiener Seite. Auch in Deutschland wurden Ärzte angegriffen, die das falsche Medikament verschreiben. Und auch in Deutschland wurden Kinderstorys erfunden.

„Papa nimmt Methadon, und ich bin auch drauf“, sagt etwa die fünfjährige Lisa Schneider. Das arme blonde „Drogenkind“ ist eine Erfindung. Das Foto des Mädchens stammt aus einer amerikanischen Datenbank für Werbefirmen, wie eine Google-Bildrecherche zeigt. Das Mädchen warb auch schon für Kindergärten.

Die Lobbyisten von Reckitt Benckiser und der Konzern beteuern, auch mit dieser Seite nichts zu tun zu haben. Man kämpfe mit offenem Visier, suche die „konstruktive Zusammenarbeit mit Patienten, Ärzten und der gesamten Gesellschaft“.



Wie man die öffentliche Meinung über die Drogenpolitik verändert:

### 1. Promi-Plattformen gründen



### 2. Spitzenpolitiker aufsuchen



### 3. Gesetze formulieren



### 4. Kinderstorys erfinden



### 5. Ärzte sponsern



ILLUSTRATIONEN:  
OLIVER HOFMANN

### Ärzte sponsern

Durch das „Quality Patient Care Network“ (QPCN) etwa, ein EU-Fortbildungsnetzwerk, wie eine Presseaussendung der Uni Wien festhält. Ärzte, Sozialarbeiter, aber auch Journalisten sollten über QPCN vernetzt werden. In der Presseaussendung wird indes nicht erwähnt, wer die Plattform als Hauptsponsor finanziert. „Der QPCN-Leitungsausschuss“, so steht auf einer nur mit Passwort zu erreichenden Sektion der Website geschrieben, „dankt Reckitt Benckiser Pharmaceuticals für die Bereitstellung eines uneingeschränkten Zuschusses, der es ihm ermöglicht hat, die QPCN-Veranstaltungen zu organisieren und das dazugehörige Lehrmaterial zu produzieren“. Ein „uneingeschränkter“ Zuschuss?

Nicht nur die Infrastruktur der Plattform wird gesponsert, sondern auch die Ärzte dürfen Honorare legen – 150 Euro pro Stunde. „Selbstverständlich werden auch eventuell entstandene Nebenkosten ersetzt“.

Das jährliche Gesamthonorar eines QPCN-Mentors „soll 25.000 Euro nicht übersteigen“. Gabriele Fischer, die für das Projekt verantwortlich zeichnet, beteuert, persönlich „null Euro“ von Reckitt Benckiser bekommen zu haben. Sie habe auch andere Pharmafirmen, etwa Mundipharma oder Lannacher zur Finanzierung überreden können, um die Infrastruktur des Projekts „breit aufzustellen“.

Von der Pharmaindustrie gesponserte Promiplattformen. Finanzierung von Kongressen, bei denen Beamte auf Lobbyisten treffen. Verfassen von Gesetzen. Anonyme Angriffe auf engagierte Mediziner im Namen toter Kinder. Interventionen bei Politikern, die dann Horrorstorys lancieren.

So sieht es hinter den Kulissen jener Debatte aus, die die konservative Innenministerin Johanna Mikl-Leitner mit Leidenschaft führt.

Angeblich zum Wohle der Suchtkranken und ihrer Kinder. Aber wohl auch zum Profit einzelner Unternehmen.



ANDRÁSSY  
UNIVERSITÄT  
BUDAPEST

...fit für Europa!



#### Master- und Aufbauprogramme

- Europäische und Internationale Verwaltung
- International Economy and Business
- Internationale Beziehungen
- LL.M.
- Mitteleuropäische Geschichte
- Mitteleuropäische Studien

Ph.D.-Programm unter dem Thema „Die Zukunft Mitteleuropas in der Europäischen Union“

- Interdisziplinäres Studium
- Ideale Studienbedingungen
- Zahlreiche Stipendienmöglichkeiten

Bewerben Sie sich für das kommende  
Wintersemester bis zum 30. Juni 2013!

[www.andrassyuni.eu](http://www.andrassyuni.eu)